

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

15. Sitzung – Arbeits- und Sozialpolitischer Ausschuss

27. August 2025 – 14:00 bis 14:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Sabine Bächle-Scholz (CDU)

CDU

Jennifer Gießler
Stefanie Klee
Michelle Kraft
Claudia Ravensburg
Max Schad

AfD

Gerhard Bärsch
Volker Richter

SPD

Nadine Gersberg
Matthias Körner
Turgut Yüksel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marcus Bocklet
Andreas Ewald
Felix Martin

Freie Demokraten

Wiebke Knell
Yanki Pürsün

fraktionslos

Maximilian Mürger



Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU:	Michel Mads Pietzonka
AfD:	Nik Scherf
SPD:	Bettina Kaltenborn
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	Sybille Kühnel
Freie Demokraten:	Melissa-Madeleine Wörz

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Harmschläger, Lukas	RR	HMSI
Leismann, Philipp	RR	HMSI
Stelling, Klaus	Referent	HMSI
Stedtfeld, Susanne	RDin	StK
Stroh, Monique	StS	HMSI
Keller, Katrin	AS	HMSI
Wiffhant, Willy	RL	HMSI

Protokollführung: Rebecca Recebs

(Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung: 14:04 Uhr)

1. **Antrag** – zur abschließenden Beratung –
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Queerfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten
– Drucks. [21/2190](#) –

2. **Dringlicher Entschließungsantrag** – zur abschließenden Beratung –
Fraktion der CDU, Fraktion der SPD
Queerfeindlichkeit keinen Raum bieten
– Drucks. [21/2415](#) –

Abgeordneter **Andreas Ewald**: Ich denke, die Sachlage dürfte allen im Ausschuss bekannt sein. Queere Menschen; Menschen, die einer sexuellen oder geschlechtlichen Minderheit angehören, sind trotz der gesellschaftlichen Entwicklung weiterhin Hasskriminalität und Diskriminierung ausgesetzt. Wir haben das zum Anlass genommen, einen Antrag einzubringen, der einige Punkte aufgreift, um dem entgegenzuwirken.

Zunächst ist positiv hervorzuheben – das haben Sie in Ihrem Antrag auch getan –, dass der Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt (APAV) 2.0 weiterhin existiert bzw. durch die vergangene Regierung fortentwickelt wurde. Wir sind sehr gespannt, wie die Fortschreibung durch Ihre Regierung aussehen wird und vor allem, wie viele Haushaltsmittel für die Umsetzung in Zukunft vorgesehen sind, da der Rotstift in Teilprojekten bzw. insgesamt bereits angesetzt wurde.

Eine Kleine Anfrage von uns hat kürzlich gezeigt, dass die angezeigten Zahlen an Hasskriminalität gegen queere Menschen – auch der Innenminister hat diese zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit veröffentlicht – steigen. Im vergangenen Jahr gab es einen Anstieg um 50 Fälle.

Wir fordern, dass die Themenfelder „Hasskriminalität/Sexuelle Orientierung“ und „Hasskriminalität/Geschlechterbezogene Diversität“ in der jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ausgewiesen werden, damit direkt transparent nachzuvollziehen ist, wie sich die Zahlen in den beiden Bereichen entwickelt haben. Natürlich können wir das jedes Jahr per Kleiner Anfrage herausfinden, aber ich denke, es wäre besser, direkt in der PKS darauf hinzuweisen und die Zahlen für alle transparent zu machen, um für dieses Problem zu sensibilisieren.

Weiterhin gibt es bei den hessischen Polizeipräsidien schon seit einigen Jahren Ansprechpersonen für LSBT*IQ, die für die Community da sind. Wir denken, dass es erforderlich ist, diese besser auszustatten und auch in ihrer Arbeit besser zu honorieren, da es sich hierbei aktuell um einen nicht vergüteten Teil der Arbeit handelt.

Außerdem sollten Sensibilisierungsmaßnahmen in Justiz- und Sicherheitsbehörden weiter verankert und entsprechende Angebote ausgebaut werden, um dafür zu sorgen, dass sich queere Menschen an die Sicherheitsbehörden wenden und wir dafür sorgen können, das Dunkelfeld zu lichten und die Täterinnen und Täter vor Gericht zu bringen. Nur so können wir dem Thema Herr werden.

Abgeordneter **Volker Richter**: Wir lesen solche Anträge und verstehen Ihre Politik nicht. Ich möchte Ihnen erklären, warum wir diese Politik nicht verstehen. Ein großer Teil von Menschen, die gegen gleichgeschlechtliche Liebe sind oder sich queerfeindlich aufstellen, sind Menschen, die uns zuwandern. Das ist in deren Kulturen oder Religionen einfach so.

(Zuruf: Das ist falsch!)

– Das ist falsch, also ich sehe das anders. Dann müssten wir die Daten noch einmal aufarbeiten. Ich kann es Ihnen nur aus meinem Bekanntenkreis berichten, in dem genau diese Menschen das äußern und sagen, sie haben mittlerweile ein Problem, abends durch die Stadt zu gehen. Dass das Sicherheitsgefühl sehr stark nachgelassen hat, betrifft aber nicht nur die, sondern mittlerweile alle, die durch die Innenstädte gehen. Wir bekommen aus der Bevölkerung die Information – vielleicht sagt man Ihnen das nicht, sondern sagt es nur uns –, dass das Sicherheitsgefühl schlecht geworden ist und die Menschen teilweise abends schon nicht mehr in die Städte gehen. Beim Hessentag sind junge Frauen zu uns gekommen und haben gesagt, sie trauen sich – genauso wie Ihre Mütter – nicht mehr, abends rauszugehen.

Wenn Sie solche Anträge stellen, dann machen Sie damit reine, pure Klientelpolitik; denn Sicherheit sollte für alle gelten. Die Amerikaner haben das so schön gesagt: Sicherheit kann es nur geben, wenn alle sicher sind. Genau so muss es eigentlich sein.

Mit dieser Klientelpolitik haben wir als Partei ein Problem und nicht damit, diese Menschen zu schützen, im Gegenteil: alle müssen geschützt werden. Das kommt bei diesem Antrag nicht zum Tragen. Stattdessen wird eine Klientelpolitik betrieben, bei der man einen Teil sehr stark herausnimmt. Gerade gleichgeschlechtlich lebende Menschen sagen, dass sie eigentlich nur in Ruhe gelassen und nicht politisch instrumentalisiert werden wollen. Sie möchten nicht, dass die Parteien ständig irgendwelche Anträge einbringen. Die Parteien sollen einfach dafür sorgen, dass die Menschen, die hier sind, sich schlicht und einfach an Recht und Gesetz halten.

Das ist etwas, das in der Bevölkerung scheinbar so wahrgenommen wird, dass das nicht mehr gewährleistet ist. Das betrifft nicht nur diese Gruppen, die Sie hier ansprechen und für die man dann wieder irgendwelchen Gruppierungen und Nichtregierungsorganisationen Geld hinterherwirft, obwohl diese – wenn man es genauer hinterfragt – schon von der Regierung finanziert werden. Die anderen sagen dann: Ihr kümmert euch um die, aber was ist eigentlich mit uns? Das gebe ich nur zu Bedenken.

Es mag sein, dass Sie diese Rückmeldungen so nicht bekommen. Wir bekommen diese Rückmeldungen aber in einem sehr starken Umfang. Wir sind auf dem Hessentag von sehr vielen jungen Mädchen angesprochen worden. Das hat mich, ehrlich gesagt, gewundert; denn ich habe diese Lebenswirklichkeit bei mir im Umfeld so direkt nicht, aber dieses Problem gibt es. Scheinbar traut sich niemand, Ihnen das so zu sagen. Deswegen sage ich hier – trotz der Gefahr, dass Sie es nicht wahrnehmen –: Die Leute draußen wünschen diese Form der Politik nicht mehr.

Abgeordneter **Turgut Yüksel**: Herr Richter, wir sind für die Bevölkerung hier. Wir versuchen, uns für die Belange der Bevölkerung einzusetzen. Die Bevölkerung besteht aus unterschiedlichen Kulturen und unterschiedlichen sexuellen Orientierungen. Wir konzentrieren uns von Fall zu Fall auf bestimmte Themen. Es gibt eine Realität, und diese Realität besteht darin, dass queere Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung auf der Straße verpöht und in der Gesellschaft diskriminiert werden. Deshalb sollten wir dieses Thema auch gesondert behandeln.

Ich verstehe Ihre Bemerkung nicht. Wenn es um Homophobie geht, ist es mir egal, aus welchen Ländern und Kulturen diese Menschen stammen. Homophobie ist Menschenfeindlichkeit. Ich stelle fest, dass es auch in der Migrantengemeinschaft viele homophobe Menschen gibt. Da unterscheiden sie sich in ihrer Werte- und Weltvorstellung von der AfD nicht, wenn es um die sexuelle Orientierung der Menschen geht. Deshalb widmen wir uns auch diesem Thema. Das heißt nicht, dass uns die Sicherheit der Menschen nicht interessiert und wir dafür nichts tun, sondern damit befassen wir uns in mehreren Ausschüssen.

Zu dem Antrag der GRÜNEN. Wir hätten diesen Antrag auch gemeinsam schreiben können. Das, was Sie jetzt geschildert haben, würden wir auch unterschreiben. Es gibt natürlich den einen oder anderen Punkt, bei dem wir eine unterschiedliche Auffassung haben. Sie sagen zum Beispiel, dass Mittel gekürzt wurden. Bis jetzt ist mir nicht bekannt, dass irgendwelche Mittel bei Projekten gekürzt wurden.

(Abgeordneter Felix Martin: Das steht im Haushalt!)

Darüber hinaus finden wir auch toll, dass das Projekt „Rainbow Refugee Support“ unterstützt und gerettet wurde. Diese kleinen Nuancen unterscheiden unseren Antrag von Ihrem Antrag. Deswegen plädieren wir natürlich, dass unser Antrag angenommen wird.

Abgeordneter **Andreas Ewald**: Nur ganz kurz an die Kollegen der AfD. Ich empfehle Ihnen eindringlich, sich die Antwort des Innenministers auf die Kleine Anfrage anzuschauen. Über ein Drittel der Straftaten, die begangen wurden, haben einen rechten Hintergrund. Vielleicht haben Sie eher Zugänge dazu, um dafür zu sorgen, dass queere Menschen nicht mehr aus dieser Ecke angefeindet werden.

Natürlich – das stellt niemand in Abrede – gibt es in vielen Teilen der Bevölkerung Vorbehalte, Diskriminierung und Hass gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten. Man sollte sich die

Zahlen aber genau anschauen und passgenaue Antworten darauf geben, und keinen blanken Populismus, wie er von Ihnen gerade kam.

Abgeordneter **Volker Richter**: Erstens. Das mit dem blanken Populismus weise ich zurück. Zweitens. Was rechts ist, was nicht rechts ist und auf wen man da Einfluss hat, das lassen Sie einmal stehen; ich bringe auch nicht jeden Linksextremen, der draußen unterwegs ist, mit Ihnen in Verbindung.

Herr Yüksel, mit dem, was Sie zur Zuwanderung sagen, gebe ich Ihnen recht. Es ist aber ein Fehler gemacht worden, und der wird weiterhin bei der Zuwanderung betrieben: Es wird nicht nach Tätern und Opfern geschaut. Das heißt, es kommen aus manchen Ländern wie Syrien schlicht und einfach sehr viele Leute, bei denen nicht der kulturelle Hintergrund, sondern die Menschen, die durch den Krieg entmenschlicht worden sind und dadurch Riesenprobleme haben, selbst das Problem sind. Wenn Sie jemals militärische Interventionen selbst erlebt haben, dann wissen Sie, was dies aus den Menschen – sowohl aus den Opfern als auch den Tätern – macht. Seit 2015 hat man kein Augenmerk darauf gelegt. In den Erstaufnahmeeinrichtungen konnte man diese Unterschiede zwischen Opfern und Tätern sehr oft feststellen. Das ist etwas, das mich sehr bewegt.

Sie haben gesagt, dass wir so homophob wären. Das weise ich ebenfalls von uns. Das sind wir nicht. Im Gegenteil, wir stellen keine Bevölkerungsgruppen und deren sexuelle Orientierung in den Vordergrund und erachten sie für wertvoller als andere. Wir sehen alle gleich. Jeder hat das gleiche Recht.

Wir sehen übrigens auch, dass gleichgeschlechtlich lebende Menschen mit der queeren Community das Problem haben, dass sie sagen, Leute werden wieder bevorzugt. Die Tatsache, dass wir einfach nur in Ruhe leben wollen, wird wieder ad absurdum geführt. Da gibt es selbst innerhalb dieser Community sehr unterschiedliche Meinungen.

Ich will mir gar nicht anmaßen – das werde ich auch nicht behaupten –, mich tiefer damit auszukennen. Ich bekomme aber mit, dass uns Leute ansprechen und sagen, sie wollen einfach nur in Ruhe leben. Insofern bin ich dabei, wenn es heißt, die Sicherheit muss für alle gewährleistet sein. Dass man aber besonders gefährdete Gruppen herausnimmt und Menschen, die teilweise sogar noch Täter sind, in größerem Umfang nach Deutschland holt, das macht für uns überhaupt keinen Sinn.

Abgeordneter **Felix Martin**: Nach den Ferien ist der eine oder andere vielleicht doch lernbereit. Deswegen bin ich motiviert, es noch einmal zu probieren. Herr Richter, ich finde, an der Argumentationsweise zwischen Ihnen und Herrn Ewald hat sich eines ganz deutlich gezeigt. Herr Ewald hat auf Statistiken – die Polizeiliche Kriminalstatistik – verwiesen, Sie haben von Ihrem Bekanntenkreis gesprochen. Genau das ist der Unterschied zwischen einem Alltagseindruck, der bei Ihnen durchaus so sein kann, und der Wissenschaft. Es kann sein, dass das in Ihrer Realität,

in der Sie sich bewegen, so ist. Das muss aber lange nichts mit der durchschnittlichen Realität im Land zu tun haben.

Sie haben gesagt, dass Sie Sicherheit für alle wollen. Da sind wir uns, glaube ich, auch einig. Deswegen haben wir GRÜNE vor einigen Monaten auch ein Frauensicherheitspaket mit konkreten Vorschlägen, wie wir Frauen vor Gewalt schützen können, eingebracht. Auch da gibt es einen spannenden Hinweis zur Wissenschaft. Ihre Fraktion hat im Bundestag eine Anfrage gestellt, wie die Gewalttäter und Bürgergeldempfänger alle heißen. Zu Ihrem Entsetzen kam dabei heraus, dass sie nicht Ali und Mohammad heißen, sondern Michael und Thomas. Ich glaube, an der Stelle hier ist es ähnlich. Es gibt Menschen- und Queerfeindlichkeit in allen Bevölkerungsgruppen, in allen Nationalitäten, in allen Religionen. Kollege Ewald hat festgestellt, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Gewalttaten auch auf das Konto von rechten Kräften geht, also auch wieder nicht Ali und Mohammad.

Herr Richter, Sie haben gesagt, jeder soll das gleiche Recht haben und die sollen nicht besser behandelt werden. Genau darum geht es ja, dass jeder das gleiche Recht hat. Ich meine, Ihre Fraktion will die Ehe für alle wieder abschaffen. Die Ehe für alle ist kein Sonderprivileg für schwule Paare, sondern es geht einfach nur darum, genau das gleiche Recht wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch zu haben.

Ich habe eine meiner ersten Rede über Konversionstherapien gehalten. Es ist noch nicht so lange her, da sollten Homosexuelle, teilweise sogar noch finanziert, von ihrer Sexualität geheilt werden. Da können wir nicht darüber reden, dass sie bessergestellt werden, sondern es geht einfach nur darum, gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Nehmen wir die Blutspende als Beispiel. Schwule Männer dürfen auch noch nicht so lange Blut spenden, obwohl seit Jahrzehnten klar ist, dass es medizinisch völliger Quatsch ist, wie es bis dato gehandhabt wurde.

Insofern will ich noch einmal ermutigen, sich damit tatsächlich auseinanderzusetzen; denn es gibt jeden Tag Angriffe auf Menschen der queeren Community. Nicht, weil sie irgendetwas falsch machen, sondern einfach, weil sie dieser Community angehören, weil ihre Sexualität so ist wie sie ist, weil sie sich anziehen, wie manche das vielleicht ungern sehen. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass diesen Menschen auch geholfen wird und dass sie geschützt sind.

Herr Richter, bei Ihren Ausführungen habe ich mich gefragt, was denn Ihre Konsequenz ist. Wenn Sie der Meinung sind, dass alle Straftäter Ali und Mohammad heißen, dann ist die Frage trotzdem: Wie gehen wir damit um? Wie sorgen wir dafür, dass es für die Betroffenen sicherer wird? Es hilft auf jeden Fall nicht, das zu tun, was die AfD macht, nämlich jedes Jahr zu beantragen, dass der Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt abgeschafft wird. Das haben Sie, seitdem Sie im Landtag sind, jedes Jahr in den Haushaltsberatungen beantragt.

Herr Yüksel, im Haushalt steht leider auch, dass Sie beim Aktionsplan 200.000 Euro gekürzt haben. Das kann man dort genau nachlesen. Das Projekt „Rainbow Refugee Support“ finde ich auch kein sehr gutes Beispiel; denn erstens haben Sie riesige Unsicherheit geschürt und zweitens haben Sie dann nach ein paar Monaten gesagt, wir helfen euch doch, aber mit weniger Geld. Das heißt, Sie haben die Situation, die Sie selbst herbeigeführt haben, vermeintlich gerettet und

dann auch noch weniger Geld zur Verfügung gestellt. Sie sehen, das ist an der Stelle auch keine so tolle Bilanz.

Abgeordnete **Wiebke Knell**: Die beiden Anträge sind Bekenntnisanträge, die wir als Freie Demokraten auch beide vollumfänglich unterstützen.

Ich habe eine Nachfrage zum Antrag der CDU und der SPD. Ein für mich wichtiges Projekt ist das Projekt „Queere Jugendliche im ländlichen Raum“, von dem ich gar nichts mehr gehört habe. Der Schwalm-Eder-Kreis ist einer von fünf Landkreisen. Ich würde mich freuen, wenn da ein Update erfolgt. Ich habe mich gewundert, dass dieses Projekt im Antrag nicht als Extraprojekt aufgeführt wurde. Deswegen die konkrete Nachfrage: Was sind die Fortschritte und wird das Projekt fortgeführt?

Staatssekretärin **Katrin Hechler**: Das Projekt gibt es. Wir können dazu gerne einen Bericht geben. Wenn es gewünscht ist, kann die Stabsstelle jetzt schon Informationen geben.

Herr **Klaus Stehling**: Das Projekt führen wir fort, es ist in der zweiten Runde. Damit sind die nächsten vier Landkreise umfasst. Ich müsste tatsächlich selber nachschauen, welche Landkreise das sind, weil ich es gerade nicht präsent habe. Wir werden alle Landkreise, die wir bislang begleitet haben, weiter begleiten. Das heißt, es wächst kontinuierlich. Soweit uns die Mittel durch den Haushaltsgesetzgeber weiter zur Verfügung gestellt werden, werden wir das auch fortführen und weitere Landkreise aufnehmen, sodass dieses Netzwerk, das vor Ort sehr erfolgreich arbeitet, zur Etablierung von Angeboten für queere Jugendliche im ländlichen Raum weiterentwickelt wird.

Abgeordneter **Volker Richter**: Da wir gerade so schön querdiskutieren, hier noch ein paar Punkte, um zur Aufklärung zu kommen.

Sie werden sich daran erinnern, dass ich zum Thema Konversionstherapien geredet habe. Wenn ich es noch richtig im Kopf habe, dann haben es drei Kollegen aus unserer Fraktion ablehnend beschieden, der Rest hatte dafür gestimmt. Ich hatte – das können Sie gerne nachschauen – auch dafür gestimmt, dass wir eine Konversionstherapie niemals machen werden. Da bin ich vollkommen bei Ihnen. Das hat aber hiermit nichts zu tun.

Ich bin auch nicht der Meinung, dass alle Täter Ali und Mohammad heißen. Ich bin auch nicht der Meinung, dass rechte Gewalt oder rechte Hasskriminalität automatisch immer nur von Deutschen ausgeht. Sie kann genauso gut auch von Menschen aus dem Ausland ausgehen. Ein Beispiel sind die „Grauen Wölfe“, bei denen auch rechtsterroristische Gewalt stattfindet.

Ich möchte hier aber nicht über rechts und links sprechen, das ist gar nicht mein Ziel gewesen. Wenn wir eine Sicherheit für alle schaffen wollen, dann sollten wir an diesem Ziel arbeiten und die Realitäten so wahrnehmen, wie sie da draußen sind. Ich habe den Eindruck, dass über solche Anträge immer versucht wird, etwas so darzustellen, wie gewisse Gruppen mit Sicherheit auch Hilfe brauchen. Da werden wir gar nicht anderer Meinung sein. Aber dabei fallen alle anderen hinten runter.

Ich kann es nur noch einmal so sagen, wie es wahrgenommen wird. Bitte nehmen Sie auch einmal wahr, dass junge heterosexuelle Frauen Riesenprobleme haben und sich nicht mehr trauen, rauszugehen. Ein weibliches Pärchen, das gleichgeschlechtlich lebt, wird regelrecht gejagt. Das ist etwas, das stattfindet, und das ich aus früheren Zeiten nicht kenne. Das ist auch etwas, das mich sehr entsetzt. Ich möchte, dass das nicht mehr stattfindet. Da sind wir, glaube ich, einer Meinung. Jeder soll so leben, wie er es für richtig hält. Jeder soll auch sexuell so orientiert sein, wie er es für richtig hält.

Abgeordnete **Nadine Gersberg**: Ich muss mich jetzt wirklich wundern. Ich kann mich noch an unsere Debatte rund ums Catcalling erinnern, bei der sich die AfD, als wir darauf aufmerksam gemacht haben, sehr darüber lustig gemacht hat, dass junge Frauen auf offener Straße immer häufiger belästigt werden. Da hieß es noch, ein Hinterherpfeifen sei ja kein Problem usw. Jetzt kommen Sie mit solchen Berichten.

Wenn Sie jetzt auf den Schutz von Frauen gekommen sind, dann ist das ja gut. Ich glaube aber, Sie verfolgen hier wieder ein ganz anderes Ziel, nämlich, das wieder auf die Menschen mit Migrationshintergrund zu beziehen. Vor allem gehen Sie auf ein ganz anderes Thema ein, als das, über das wir hier sprechen. Hier geht es nämlich um queere Menschen und darum, wie sie in den letzten Jahren gefährdet waren.

Bei den CSD-Veranstaltungen gab es in sehr vielen Städten Gegendemonstrationen durch rechtsgerichtete Parteien und Bewegungen. Daher möchte ich zu Protokoll geben, dass ich nicht sehe, dass es sich um ein Problem handelt, das ausschließlich von Menschen mit Migrationshintergrund ausgeht, sondern dass es aus allen Richtungen kommt, vor allem auch von rechts.

Abgeordneter **Max Chad**: Ich wollte in der Debatte noch einmal klarstellen, dass alle beantragten Projekte aus dem APAV auch finanziert werden konnten. De facto musste nichts an Ausgaben gekürzt werden. Das ist sehr erfreulich und auch wichtig. Dass wir gerade in Zeiten eines angespannten Haushalts beim APAV Kurs halten können, das ist ein Erfolg.

Herr Richter, ich will noch eines zu Ihrem Argumentationsmuster sagen. Heute sind die queeren Menschen der Schwerpunkt. Da ist es immer leicht, zu sagen – auch ziemlich austauschbar –: Andere Menschen fühlen sich auch nicht sicher, warum steht das nicht in dem Antrag? Wenn Sie über Fußball reden, sagen Sie: Warum werden die Handballer nicht erwähnt? Das ist ziemlich austauschbar und widersinnig.

Heute geht es um die unbestrittene Gefährdung und die Gewalttaten gegen queere Menschen, die wir verurteilen und dagegen wir Maßnahmen ergreifen. Wir haben wirklich etwas anzubieten. Wir bekennen uns – Wiebke Knell hat es schon gesagt, es ist auch ein Bekenntnisantrag – gegen Queerfeindlichkeit. In diesem Antrag geht es um queere Menschen. Da ist es einfach nicht redlich, andere Bevölkerungsgruppen, die ebenso besorgliche und besorgniserregende Probleme haben, mit einzubeziehen. Wir können nicht jeden Tag über alle gefährdeten Personen sprechen. Heute geht es um queere Menschen. Deswegen bitten wir um Unterstützung und ein Bekenntnis für den Schutz gegen Queerfeindlichkeit und für den Schutz von queeren Menschen.

Abgeordneter **Volker Richter**: Dazu möchte ich ganz kurz sagen. Es geht nicht darum, dass andere Gruppen in den Antrag rein sollen. Wir halten diese Anträge für unnötig. Wir sind der Meinung, dass wir für die innere Sicherheit insgesamt mehr tun müssen, da die innere Sicherheit so erodiert ist, dass die Menschen Angst haben, rauszugehen. Das betrifft alle Gruppen, die rausgehen, aber es betrifft besonders Frauen und natürlich Menschen, die gleichgeschlechtlich leben und vielleicht auch ein bisschen anders angezogen sind.

Noch einmal. Ich mache das nicht an Migranten fest. Ich mache das an der Gesellschaft fest, die sich so entwickelt. Da kann man gerne noch einmal tiefer gehen, aber ich weiß nicht, ob das etwas bringt. Ausschlaggebend ist, dass die innere Sicherheit für viele Menschen nicht mehr gewährleistet ist und sie dieses Gefühl haben. Hier geht es nicht darum, dass wir irgendwelche Gruppen mit aufnehmen wollen. Diese Anträge sind unnötig, weil sie nicht das widerspiegeln, wie es den Menschen in ihrer Vielfalt draußen geht und wie sie widergespiegelt werden sollten.

Noch einmal der Satz, den die Amerikaner gesagt haben und den ich gerade mit Dresden sehr schön fand: Sicherheit ist nur gewährleistet, wenn alle sicher sind.

Beschluss zu Tagesordnungspunkt 1:

ASA 21/15 – 27.08.2025

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, AfD, SPD gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)



Beschluss zu Tagesordnungspunkt 2:

ASA 21/15 – 27.08.2025

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss nimmt den Dringlichen Entschließungsantrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung an.

(CDU, SPD, Freie Demokraten gegen AfD, Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 14:29 Uhr –
Fortsetzung in nicht öffentlicher Sitzung)

Wiesbaden, 12. September 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Rebecca Recebs

Sabine Bächle-Scholz